

Mitten drin – Krisen der Arbeitswelt und ihre Vereinnahmung von rechts #4

CONNECT

(K)ein Randphänomen? Rechtspopulismus in Gesellschaft und Betrieb

Im Herbst 2025 fand im Rahmen des Projekts „Connect – Vielfalt durch Teilhabe“ beim DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. eine Online-Veranstaltungsreihe statt. Die Vorträge der Reihe wurden verschriftlicht und in mehreren Sprachen veröffentlicht. Dieser Text fasst den Vortrag des **Journalisten und Autors Peter Bierl** zusammen.

Im Jahr 2025 stellt Rechtspopulismus schon lange nicht mehr nur ein gesellschaftliches Randphänomen dar. Das bezeugt nicht nur der stetige Aufstieg der AfD, die bei bundesweiten Wahlumfragen teilweise stärkste Kraft ist. Wie aber kam es dazu?

Begrifflichkeit: Was ist Rechtspopulismus überhaupt?

Um über die Verbreitung von Rechtspopulismus zu sprechen, braucht es zunächst eine Begriffsklärung. Populismus beschreibt eine politische Logik, die „das Volk“, dargestellt als „gut“ und „auf der richtigen Seite“ stehend, einer angeblich „bösen Elite“ gegenüberstellt. Dieses Grundschema unterscheidet sich je nach politischer Richtung durch seine inhaltliche Auslegung. Der Rechtspopulismus lädt den

Volksbegriff ethnisch auf und verknüpft ihn mit nationaler Identität; die Elite wird als fremd oder „entfremdet“ beschrieben. Diese Konstruktionen öffnen Raum für Verschwörungsnarrative und antisemitische Bilder, etwa wenn von „globalistischen Eliten“ die Rede ist. Die linke Variante von Populismus bezieht sich dagegen meist auf eine vereinfachte Darstellung des Kapitalismus und auf wirtschaftliche Eliten.

Dass der Begriff in den Medien so häufig verwendet wird, hat auch einen praktischen Grund: Seine Verwendung kann nicht juristisch verboten werden. Journalist*innen können ihn daher nutzen, ohne etwa eine Klage wegen einer falschen Behauptung befürchten zu müssen. Begriffe wie „faschistisch“ oder „rechtsextrem“ sind hingegen leichter juristisch angreifbar. So wird die AfD heute oft als rechtspopulistisch bezeichnet – früher galt das auch für die NPD, obwohl sie klar ihre Nähe zum Nationalsozialismus zeigt. Erst ihre gerichtliche Einordnung machte die öffentliche Bezeichnung der NPD als rechtsextrem eindeutig möglich.

Verbreitung: Tief verwurzelt

Dass rechtspopulistische Positionen so viel Resonanz finden, ist kein neues Phänomen. **Wissenschaftliche Studien** zeigen seit

Jahrzehnten ihre Verbreitung in Deutschland und auch, dass Teile der Bevölkerung seit jeher gefestigt rechtsextreme Weltbilder vertreten. Die sogenannte Mitte-Studie, die rechtsextreme Einstellungen in der deutschen Gesellschaft untersucht, hat das in ihrer aktuellen Studie für 3 Prozent der deutschen Bevölkerung festgestellt. Aber auch außerhalb dieses Extrems vertreten viele Menschen rassistische Ansichten – etwa stimmen 30 Prozent der Aussage zu, Geflüchtete würden pauschal „Sozialmissbrauch“ betreiben. Mehr als die Hälfte ist zumindest teilweise der Meinung, Deutschland sei „überfremdet“. Bedeutsam ist auch ein großer Graubereich, der menschenfeindlichen Haltungen zwar nicht klar zustimmt, diese aber auch nicht eindeutig ablehnt. Dies trifft auf gut 20 % der Befragten zu.

Zudem sind menschenverachtende Vorstellungen in Deutschland **strukturell** verankert. Ein Beispiel dafür ist das Staatsangehörigkeitsrecht bis 2000, das nach ‚ius sanguinis‘ – also Abstammung statt Geburtsort – funktionierte. So galt ein in Deutschland geborenes Enkelkind türkischer „Gastarbeiter*innen“ offiziell als Ausländer*in. Sogenannte „Russlanddeutsche“, deren Vorfahren im 18. und 19. Jahrhundert nach Russland auswanderten, und die seit den 1980er Jahren nach Deutschland kamen, galten gesetzlich sofort wieder als Deutsche. Dahinter steckt die Idee des völkischen Nationalismus: Deutsch ist, wer „deutsches Blut“ hat, nicht wer hier lebt.

Die tiefe Verwurzelung schlägt sich in **Alltagserfahrungen** nieder. Bestehende Vorurteile werden aktuell durch öffentliche Debatten zusätzlich angeheizt, rassistische Bemerkungen und rechtspopulistische Diskussionen werden auch von Parteien der sogenannten Mitte, beispielsweise in der Bundesregierung, geführt. Betroffene merken die Konsequenzen ganz konkret, etwa durch

abwertende Sprüche am Arbeitsplatz oder der Erfahrung von Rassismus bei der Wohnungssuche. Auch vor Betrieben macht die gesellschaftliche Stimmung keinen Halt. Umfragen zeigen, dass Arbeiter*innen häufiger rechtsextreme Weltbilder vertreten als die Durchschnittsbevölkerung. Und auch unter Gewerkschaftsmitgliedern gibt es einen vergleichsweise hohen Anteil an AfD-Wähler*innen.

Wie kam es zum Aufstieg der AfD?

Wenn rechtspopulistische Haltungen in Deutschland nicht neu sind, warum erlebt die AfD seit zehn Jahren einen stetigen, bundesweiten Aufstieg? Wieso gelingt es gerade ihr, gesellschaftliche Ressentiments in Wahlerfolge zu übersetzen? Die AfD ist nicht die erste demokratiefeindliche Partei der Bundesrepublik, aber die erste, die sich dauerhaft etablieren und in alle Parlamente einziehen konnte. Eine naheliegende Erklärung lautet, dass weniger die Besonderheiten der Partei selbst entscheidend sind, sondern vor allem gesellschaftliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, die zu verschärften sozialen Bedingungen geführt haben.

Wirtschaftliche Unsicherheit und Angst vor sozialem Abstieg

Immer mehr Menschen in Deutschland haben es heute in ihrem Alltag schwer. Zum einen liegt das an der Arbeitswelt und Wirtschaft. Mit Inflation und steigenden Preisen steigt auch die Armut. Auch die Arbeit selbst wird in vielen Bereichen intensiver und belastender, etwa in sozialen Bereichen und im Gesundheitssystem. Fälle von (chronischer) Erschöpfung und Burn-Out nehmen zu.

Viele können kaum von ihrer Arbeit leben: 800.000 Beschäftigte in Deutschland müssen „aufstocken“, also zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen Sozialleistungen beziehen. 15% der Arbeitnehmenden sind im Niedriglohnsektor tätig.

Zum anderen verschlechtert sich die öffentliche Daseinsvorsorge. Die Qualität staatlicher Infrastruktur und des öffentlichen Personennahverkehrs nimmt ab, Kita-Plätze sind umkämpft, Schwimmbäder und Jugendclubs auf dem Land müssen schließen und das Gesundheitssystem ist fast überall überlastet. Dazu bereitet der demografische Wandel vielen Menschen berechtigte Sorge – wer übernimmt die Pflege in einer alternden Gesellschaft, sowohl finanziell als auch praktisch? Die Klimakrise verschärft viele Probleme – wie Krisen in der Landwirtschaft und die Transformation der Industrie – zusätzlich.

Entsprechend sind die politischen Herausforderungen riesig und das Scheitern von Wahlversprechen (besonders in Mehr-Parteien-Koalitionen, die auf Kompromisse angewiesen sind) vorprogrammiert. Das führt zu massenhafter Enttäuschung und einer Unzufriedenheit mit „dem System“ im Allgemeinen, das im Gefühl vieler Menschen nicht mehr für sie funktioniert.

Gebrochenes Wohlstands-Versprechen

Warum aber verhilft das der Rechten zum Aufstieg? Eine mögliche Antwort ist die folgende: Wohlstand und die Aussicht auf sozialen Aufstieg halten die politische Demokratie zusammen. Denn wie gezeigt wurde, waren diskriminierende Einstellungen auch früher weit verbreitet. Allerdings fühlte sich der Großteil der Gesellschaft politisch den demokratischen Volksparteien zugehörig – vor allem, weil sie realen sozialen Aufstieg erlebten. Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg brachten breiten Wohlstand und das Gefühl, durch Arbeit ein besseres Leben für die eigene Familie schaffen zu können. Wohlstand fungierte damit quasi als demokratischer Kleber, als Verbindung: Obwohl rechte Ressentiments vorhanden waren, übersetzten sich diese selten in die Wahl antidemokratischer Parteien. Durch die beschriebenen, verschärften sozialen Zustände ist von diesem gesellschaftlichen Wohlstands-Versprechen immer weniger übrig.

Die Ursachen dafür sind allerdings strukturell: Die soziale Ungleichheit hat sich in den letzten 30 Jahren massiv verschärft. Heute besitzt die ärmere Hälfte der Deutschen kaum Vermögen – zusammengekommen gerade mal 3 Prozent des Gesamtvermögens in der BRD. Die Steuerlast der Reichsten geht dagegen seit den 90ern relativ betrachtet zurück. Damit trägt diese Gruppe auch weniger zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei. Nicht nur der kollektive Aufstieg ist demnach zum Stehen gekommen, auch die Verteilung von Wohlstand hat sich verschoben und kommt stärker als früher den privilegierten Schichten zugute.

Durch die Verschlechterung ihrer Lebenslagen haben sich viele Menschen in den letzten Jahren von Regierung und Politik im Allgemeinen abgewendet. Vielen fehlt allerdings das Wissen über die Ursachen und damit eine kritische Deutung der gesellschaftlichen Entwicklungen. Dadurch sind sie empfänglich für rechte Politik, die Sündenböcke sucht und vorhandene Vorurteile gezielt anspricht. Menschenfeindliche Haltungen sind also nicht neu – doch sie lassen sich heute politisch deutlich besser mobilisieren. Genau das verhilft rechten Parteien wie der AfD zu ihren Erfolgen.

Herausforderung für Lohnabhängige und ihre Vertretungen

Der Aufstieg des Rechtspopulismus und damit auch der AfD stellen nicht nur für Demokrat*innen, sondern für alle Arbeitnehmenden eine klare Herausforderung dar. Denn ihre rechtspopulistische Ideologie kombiniert die AfD mit neoliberalen Positionen: Sie tritt gegen etablierte Gewerkschaften auf, würde mit ihrer Wirtschaftspolitik die Ungleichheit verschärfen, und erschwert durch soziale Spaltung den gemeinsamen Kampf von Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen. Dabei ist Solidarität gerade in diesen Zeiten entscheidend, denn zukünftige Regierungen werden den Sozialabbau weiter forcieren. Wie dieser Text gezeigt hat, bedroht das zugleich akut die Demokratie.

Was können Arbeitnehmende und besonders ihre Vertretungen (Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaften) dem entgegenhalten? Vier zentrale Punkte:

1. Kernanliegen stärken:

Gewerkschaften und Betriebs-/Personalräte müssen sich weiterhin auf ihre zentralen Aufgaben konzentrieren – gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Sicherheit für alle Lohnabhängigen.

2. Starke lokale Organisation:

Gewerkschaften sollten sich vor Ort stärker engagieren, konkrete Probleme sichtbar machen und Ursachen benennen. Früher waren sie in Stadt- und Kreisverbänden eng mit der Arbeiter*innenschaft verbunden. Gleichzeitig muss die interne Organisation ermächtigend und bestärkend statt bürokratisch sein.

3. Politische Bildung fördern:

Betriebsversammlungen und andere Formate sollten genutzt werden, um gesellschaftliche Entwicklungen und politische Zusammenhänge zu erklären. So erhalten Beschäftigte einen kritischen Blick, der rechten Deutungen entlarvt. Zudem schafft dies die Grundlage für eine aktive eigene Beteiligung an betrieblicher Transformation – etwa in der Industrie, wo die Umstellung auf nachhaltige Produktion ökologisch sinnvoll und zugleich arbeitsplatzsichernd aufgebaut werden muss.

4. Couragiert im Alltag handeln:

Im Betrieb, Verein oder in der Familie gilt es, rassistischen oder menschenfeindlichen Äußerungen entschieden entgegenzutreten.

Du willst mehr darüber wissen, wie Debatten in Betrieb und Gesellschaft durch rechte Interpretationen besetzt werden?

Alle weiteren Themen der Veranstaltungs- und Schriftenreihe findest du auf unserer Website:

www.dgb-bwt.de/wissen-fuer-alle

Alle Texte sind in **folgenden Sprachen** verfügbar: Arabisch, Dari, Deutsch, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Spanisch, Vietnamesisch.

In Trägerschaft
des:



Im Rahmen des
Bundesprogramms:



Gefördert durch
das:



Administriert durch
das:

